

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 8

Rubrik: Liebe Leser

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

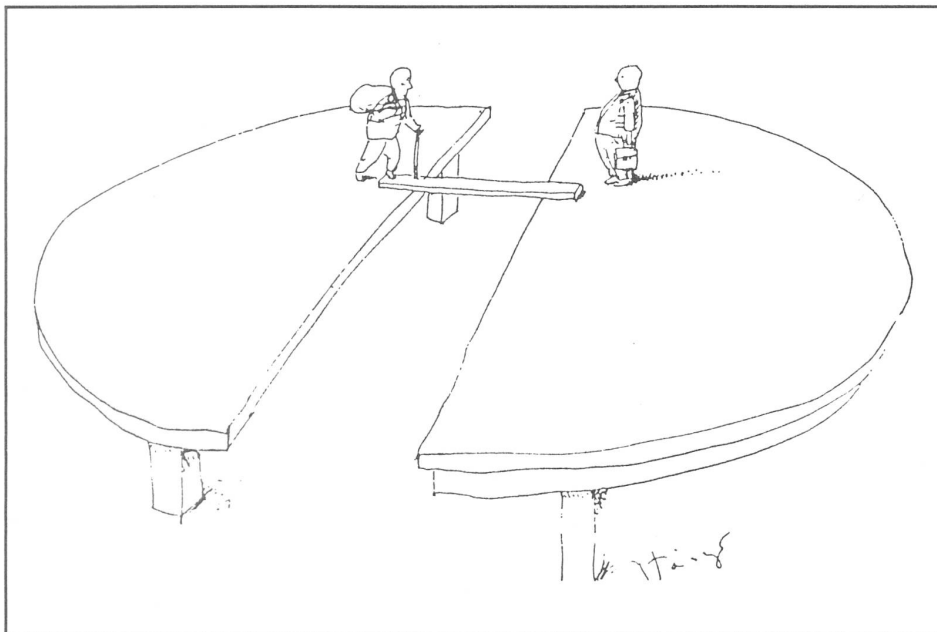
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Polityka», Warschau, 25. 3. 1989

Schutz der Arbeitnehmerinteressen während der Reformperiode durchsetzt; Appelle an die Opferbereitschaft der Bevölkerung hat man einfach schon zu oft vernommen.

... und der Regierung

Die Probleme der Solidarnosc sind kein Trost für das Regierungslager. Jetzt kann die Solidarnosc zusammen mit den andern Massenorganisationen überall auftreten und die Macht der gesellschaftlich bankrotten Parteiführung konkret in Frage stellen. Wie es um den Zustand und um die Zukunft der PVAP bestellt ist, zeigt sich darin, dass sie so gut wie keinen Nachwuchs mehr hat. Man erwägt mangels Interessenten sogar die Schliessung der Parteihochschule beim Zentralkomitee.

Eine Frage für sich sind die offiziellen Gewerkschaften, deren traditionelle Rolle im Dienst der Partei nicht mehr zieht. Ihr Chef, Politbüromitglied Alfred Miodowicz, sucht ihnen mit einer Flucht nach vorn ein eigenes Profil zu geben. Mit demagogischen Erklärungen auf Kosten auch jener Parteiführung, der er selber angehört, will er die Abwanderung der Mitglieder zur Solidarnosc verhindern. Selbst wenn das ein abgekartetes Spiel im Parteirahmen sein sollte, bliebe es ein Symptom für die Selbstauflösung des Systems, aber die Übergänge von den taktischen zu den fundamentalen Absetzbewegungen sind fliessend.

Setzt die schwache Führung auf einen starken Führer? Der polnische Staatsrat wird aufgelöst, und an dessen Stelle soll ein neu aufgewerteter Staatspräsident treten, mit Kompetenz unter anderm zur Parlamentsauflösung und zur Ausrufung des Kriegszustandes. Das Amt ist für Jaruzelski vorgese-

hen, aber kann man gegebenenfalls den heutigen Sozialismus mit den Methoden eines Pinochets von gestern retten?

In die Gegenrichtung weist die Gründung einer zweiten Parlamentskammer, des Senats, weil es hier keine garantierten Sitze für die PVAP gibt. Der Senat hat weniger Befugnisse als die Abgeordnetenkammer, aber ein Gegengewicht zur PVAP-Machtkonzentration stellt er auf jeden Fall dar.

Und jetzt die Wahlen

Die nächste Runde sind auf jeden Fall die Wahlen in den neu strukturierten Sejm mit seiner Abgeordnetenkammer und seinem Senat. Sie finden schon im Juni statt. Auf diesem frühen Termin hat die Regierung bestanden, welche der Opposition nicht zu viel Zeit geben will, sich zu organisieren.

Um einen demokratischen Wahlgang handelt es sich noch nicht, aber erstmals seit der kommunistischen Machtübernahme ist für die Opposition ein ansehnlicher Teil des Kuchens erreichbar. Sie kann zwar nur auf 35 Prozent der Sitze in der Abgeordneten-kammer kommen, aber theoretisch auf die 100 Prozent der 100 Mandate im Senat. Dass die Solidarnosc ihre Chance als echt begreift, hat sie mit der blitzschnellen Gründung eines Bürgerkomitees bewiesen, das alle oppositionellen Gruppen für die Wahlen betreut.

Das neue Spiel nach den neuen Regeln hat schon begonnen, und die Demokratie hat nur zu gewinnen. ■

LIEBE LESER

Einem polnischen Freund von mir habe ich die gelegentliche Frage, was der Schweizer über dieses oder jenes denke, mit der stereotypen Gegenfrage verleidet: «Welchen der fünf Millionen meinst du denn?»

Wenn ich etwas von Georgien höre, müsste ich mir meine penetrante Belehrung zunächst selber unter die Nase reiben, so prall gefüllt mit nationaler Charakteristik sind meine Vorstellungen von diesem Land und seinen Bewohnern. Der volkseigene Stolz gehört dazu, die mentale Unabhängigkeit im gemeinschaftlichen Schulterschluss unbeschadet der staatlichen Zugehörigkeit zum jeweiligen Imperium, die unbekümmerte Äusserung des Georgiertums egal vor welchen Ohren, so sorglos und selbstsicher bekundet, als brauche es die trotzige Kühnheit darunter nicht. Die Verführung zum kompakten Bild ist gross.

In der Tat waren die Georgier schon vor der Perestrojka ostentativ etwas Besonderes in der Sowjetunion, frecher als andere zumal, aber gleichzeitig der Sowjetisierung mit so viel beiläufiger Selbstverständlichkeit entzogen, dass sich ein wütendes kollektives Aufbegehren zu erübrigen schien. Und der «georgische» Stalin war vielleicht unter anderem einer, der es den Russen mit ihren eigenen Waffen gezeigt hatte.

Dennoch war Georgien in den siebziger Jahren schon ganz ausgesprochen eine Region gewesen, in der es zu antirussischen und antisowjetischen Manifestationen mit der Folge von Repressionen gekommen war, ähnlich dem Baltikum und unähnlich dem benachbarten Armenien. Und die jüngsten Unruhen mit ihren separatistischen Obertönen sind nur soweit spezifisch, als es die vorangegangenen Unruhen in andern Sowjetrepubliken auch gewesen sind. Kasachstan, Baltikum, Moldau, Armenien/Aserbaidschan und nun eben Georgien: Ganz verschiedene Völker reagieren mit Unruhen ganz einfach auf die Möglichkeit, unruhig zu werden. Die Umgestaltung kündigt den Umbruch an, und in den «nationalen» Belangen wird das deshalb zuerst sichtbar, weil dort die Bruchstellen im Vielvölkerstaat vorgezeichnet sind.

Selbstverständlich ist das für die Perestrojka, für jeden geplanten und kontrolliert erstrebten Umwandlungsprozess eine Belastung, die jederzeit zur Zerreihsprobe führen kann. Mit Ergebnissen, die sich der Prognose so gut entziehen wie der Planung selbst. Bloss eines wird mit jedem Tag unwahrscheinlicher: dass der gehabte Zustand noch einmal zu haben ist.

Christian Brügger